



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01355**
Datum: 03.06.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.06.2020	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Grundrente des Bundes

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Namen der Stadt Halle (Saale) folgenden Appell an den Bundestag zu übersenden:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale), einer Kommune mit aktiver Freier Kunst- und Kulturszene und einem hohen Anteil an geringverdienenden Kunst- und Kulturschaffenden und Kreativen, fordert den Bundestag auf, in der Debatte zum Gesetzentwurf zur Grundrente die dort enthaltene Bedingung eines Mindesteinkommens von 30% des Durchschnittsverdienstes zu streichen und schlägt vor, sie auf einen Wert von 10% des Durchschnittseinkommens zu senken.

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Zum 01. Januar 2021 soll in Deutschland die Grundrente eingeführt werden. Das Bundeskabinett hat einen Entwurf verabschiedet, in dem als Bedingung für die Auszahlung der Grundrente festgeschrieben wird, dass man mindestens 33 Jahre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben sowie ein Mindesteinkommen von 30% des deutschen Durchschnittseinkommens erwirtschaftet haben muss. Im Jahr 2018 wären das

10.825 EUR gewesen. Laut Künstlersozialkasse verdienten Konzeptkünstler*innen 2018 im Durchschnitt 9.389 EUR, Performancekünstler*innen im Durchschnitt 9.207 EUR.

Die Frage des Mindesteinkommens ist für viele selbstständige Kunst- und Kulturschaffende ein neuralgischer Punkt. Viele Kreative, auch in der Stadt Halle (Saale), werden nachweislich diese Einkommensstufe nicht erreichen. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat bewiesen, wie fragil die Einkommenssituation vieler Menschen im Kunst- und Kulturbereich ist. Hinzu kommen grundsätzliche Bedenken, ob die jährlichen Einkommen von Kunst- und Kulturschaffenden im gleichen Umfang Jahr für Jahr steigen, wie das Durchschnittseinkommen in Deutschland. Die Konsequenz für diese Menschen ist, dass sie im Alter nicht wesentlich mehr Geld bekommen, als wenn sie überhaupt nicht in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hätten. Dies ist eine fundamentale Ungerechtigkeit, der die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) im Namen der betroffenen Bürger*innen widersprechen sollten.

Mit unserem Appell, das Mindesteinkommen auf 10% des Durchschnittseinkommens und damit auf den Mindestsatz der Künstlersozialkasse zu herabzusetzen, orientieren wir uns an den Forderungen von Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, Deutscher Künstlerbund, IGBK, Internationales Künstlergremium, Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di, Stiftung Kunstfonds und vielen Verbänden und Interessensvertretungen mehr.